

Die Entscheidung über die künftige Diözesanstruktur in den neuen Bundesländern liegt beim Apostolischen Stuhl, an den die Deutsche Bischofskonferenz ihre Empfehlungen weiterleitet. Da Errichtung und Umschreibung von Bistümern in Deutschland *Konkordatsmaterie* sind, braucht es Konsultationen der römischen Stellen mit den zuständigen staatlichen Organen. Es wird allgemein damit gerechnet, daß Rom den Empfehlungen der Deutschen Bischofskonferenz folgt und eine entsprechende Neuordnung der Jurisdiktionsbezirke in der ehemaligen DDR in absehbarer Zeit vornimmt. Kardinalstaatssekretär *Angelo Sodano* hat schon vor einigen Monaten in einem Interview mit der „Welt“ (1. 10. 91) grünes Licht aus Rom für eine Lösung im Sinn der jetzt vorgeschlagenen signalisiert.

Verglichen mit den westdeutschen Bistümern nimmt sich die Katholikenzahl der geplanten Diözesen in den neuen Bundesländern bescheiden aus (das an der Katholikenzahl gemessen „kleinste“ westdeutsche Bistum Eichstätt zählt etwa doppelt so viele Katholiken wie die vorgeschlagenen neuen Bistümer Erfurt und Magdeburg). Im weltkirchlichen und auch europäischen Vergleich sind Bistümer mit wenigen hunderttausend Katholiken aber keine Ausnahme. Im übrigen haben die Jurisdiktionsbezirke in der ehemaligen DDR unter in mehrfacher Hinsicht schwierigen Verhältnissen und mit relativ bescheidenen Mitteln in der Pastoral bisher Beachtliches geleistet. Auf dieser Grundlage können die neuen Diözesen weiterbauen; sie werden allerdings finanziell auf absehbare Zeit nicht ohne erhebliche Mittel aus den Bistümern der „alten“ Bundesrepublik auskommen können, da die eigenen Kirchensteuereinnahmen nur einen kleinen Teil der notwendigen Ausgaben decken.

Und die theologischen Fakultäten?

Während jetzt im Blick auf die künftige Diözesanstruktur in den neuen Bundesländern die Würfel gefallen sind, ist hinsichtlich der *theologischen Hochschuleinrichtungen* in diesem

Bereich noch einiges offen. Es geht dabei vor allem um die Frage nach der Zukunft des bisherigen philosophisch-theologischen Studiums in *Erfurt* und um die mögliche Errichtung einer Theologischen Fakultät in *Berlin*, wo bislang nur ein Seminar für Katholische Theologie an der Freien Universität besteht. Bei ihrer Frühjahrsvollversammlung behandelte die Bischofskonferenz zwar in einem Gespräch mit dem Präfekten der Kongregation für das katholische Bildungswesen, Kardinal *Pio Laghi*, die Frage der Gründung von Fakultäten im Bereich der neuen Bundesländer und darüber hinaus die Gesamtplanung der weiteren Entwicklung der deutschen theologischen Fakultäten. Diesem Gespräch lag aber kein ausgearbeiteter Plan der Bischöfe hinsichtlich der künftigen theologischen Hochschuleinrichtungen in den neuen Ländern zugrunde.

Es gibt beachtliche Gründe für die Verstärkung der katholisch-theologischen Präsenz in der Hauptstadt Berlin durch Gründung einer Fakultät. Der Tübinger Philosoph *Georg Wieland* bezeichnete unlängst (*Theologische Quartalschrift*, Heft 4/1991, S. 331) die Entscheidung für oder gegen eine Katholisch-Theologische Fakultät in Berlin als Testfall dafür, „was die Kirche in Deutschland sich

selbst und der Theologie zutraut“. Gleichzeitig spricht aber auch sehr viel für die Erhaltung von Erfurt als Standort für eine theologische Hochschuleinrichtung. Allerdings ist derzeit noch nicht zu übersehen, wann es zur Gründung der Universität Erfurt kommt, in die das Philosophisch-Theologische Studium als katholisch-theologische Fakultät eingegliedert würde. Daß es in den alten Bundesländern ein *Überangebot an theologischen Hochschuleinrichtungen* gibt, ist kaum zu bezweifeln. In den neuen Ländern wäre aber durchaus Platz für zwei solcher Ausbildungsstätten; man könnte ja als Ausgleich dafür im Westen einige Abstriche gegenüber dem Status quo machen.

Abzuwarten bleibt auch, ob und in welchem Umfang die Neuordnung der Jurisdiktionsbezirke in den neuen Bundesländern die Diskussion über eine *Neugliederung anderer deutscher Diözesen* belebt. Im Gespräch ist schon länger die Errichtung eines „Nordbistums“ aus Teilen des bisherigen Bistums Osnabrück (etwa mit Bischofssitz in Hamburg). Allerdings würde eine umfassende Neugliederung der deutschen Diözesen mit dem Ziel, überschaubarere Einheiten zu schaffen, so viele Kräfte binden, daß man in dieser Frage mit größter Zurückhaltung vorgehen sollte. *U. R.*

Hilfswerke: Entwicklung als neuer Name für Mission?

An die Existenz unterschiedlicher Hilfswerke für Mission und Evangelisierung einerseits und Entwicklungsarbeit andererseits, also *Missio* und *Adveniat* auf der einen Seite und *Misereor* auf der anderen, hat man sich in der deutschen Kirche seit Jahrzehnten gewöhnt. Jedes Hilfswerk hat sein angestammtes Arbeitsfeld, innerhalb dessen es nicht nur Aufrufe für Spendenaktionen formuliert, sondern den Versuch unternimmt, bewußtseinbildend in die Kirche, aber auch darüber hinaus in die Gesellschaft hin-

einzuwirken. Was sich in dieser Weise im Laufe der Jahre ausdifferenziert hat, wird mit der Unterscheidung von *Martyria* (Verkündigung) und *Diakonia* (Bruderdienst) theologisch abgesichert und biblisch in Verbindung gebracht mit der Unterscheidung zwischen dem (missionarischen) Auftrag, die Frohbotschaft zu verkündigen, und dem Gleichnis vom guten Samariter.

Daß in der Arbeit der Hilfswerke faktisch immer schon ein größerer Zusammenhang zwischen beiden

bestand, als dies bei einer solchen Unterscheidung deutlich wird, ist zwar nicht neu, verdient es aber dennoch, erneut reflektiert zu werden. Mit dieser Aufgabenstellung veranstaltete die Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (Vorsitzender: der Würzburger Moralthologe *Bernhard Fraling*) zusammen mit der Katholischen Akademie Rabanus Maurus vom 19. bis 21. Februar in Mainz ein Interdisziplinäres Gespräch zum Thema „Entwicklung und Evangelisierung“. Äußerer Anlaß: Im März jährte sich die Veröffentlichung der Entwicklungszyklika Pauls VI. „*Populorum progressio*“ zum 25. Male.

Wird missionarische Arbeit unterbewertet?

Auf die Fragestellung war man nicht zuletzt vor wenigen Jahren in Verbindung mit einer Veröffentlichung des Wissenschaftlichen Arbeitskreises gestoßen: 1990 erschien im Auftrag der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe eine aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht vorgenommene Untersuchung der von den kirchlichen Hilfswerken getragenen armutsorientierten Entwicklungsarbeit (*Hans-Rimbert Hemmer, Herbert Kötter*: Armutsorientierte kirchliche Entwicklungsarbeit. Eine sozio-ökonomische Analyse, erschienen in der Reihe *Misereor-Dialog*, Nr. 8, Aachen 1990). Diese Studie geht auch auf den Vergleich bzw. die Unterscheidung der Arbeit der verschiedenen kirchlichen Hilfswerke ein.

Während es sich bei der Arbeit von Adveniat und Missio „primär um eine pastorale und missionarische Hilfe“ handle, stehe bei Misereor die sozio-ökonomische Arbeit im Vordergrund, heißt es in der Analyse. Ein Vergleich der Entwicklungsarbeit der drei Werke zeige sogar, daß sie „trotz ihrer formalen Trennung zahlreiche inhaltliche und organisatorische Berührungspunkte aufweisen, weil sich sozio-ökonomische und pastorale Arbeit im Kampf gegen materielle und geistig-seelische Armut ergänzen können oder sogar ergänzen müssen“

(a.a.O., 222). Die beiden Anliegen werden im weiteren Verlauf der Studie als in dem Sinne interdependent dargestellt, daß sie gegenseitig die für eine gedeihliche Entwicklung erforderlichen Grundlagen schaffen: Durch die pastorale Hilfe würden möglicherweise auch die institutionelle Infrastruktur mitgeschaffen, und die Entwicklungszusammenarbeit könne die Arbeit auf den Gebieten Evangelisierung, Mission und Bewußtseinsbildung anregen und unterstützen.

In einer Einführung zur Studie weist der Limburger Bischof *Franz Kamphaus*, Vorsitzender der bischöflichen „Unterkommission für wissenschaftliche Aufgaben im weltkirchlichen Bereich“, darauf hin, daß bei Missio der Eindruck entstanden sei, der spezifische Auftrag des Werkes sei in der Untersuchung nicht hinlänglich gewürdigt worden. Gegenstand des Forschungsprojektes sei zwar die kirchliche Entwicklungsarbeit, dennoch könne aber die Frage der Organisation weltkirchlicher Arbeit nicht allein unter der Hinsicht der Entwicklungsarbeit beantwortet werden: „Würde nicht sonst die Verkündigung der Diakonie untergeordnet? Und würde so der Vielschichtigkeit des kirchlichen Evangelisierungsauftrages nicht unzureichend Rechnung getragen?“ Andererseits steht auch Bischof Kamphaus nicht an festzustellen: „Es ist auch gegenüber Christen heute leichter, die Notwendigkeit sozio-ökonomischer Hilfe für die armen Länder zu begründen, als die Unverzichtbarkeit des missionarischen Einsatzes der Kirche plausibel zu machen“. Mit anderen Worten: Es gibt – wie Bischof Kamphaus es nennt – einen „Trend zu einer Mißachtung oder Unterbewertung der Eigengewichtigkeit missionarischer Arbeit“.

Jedem Volk seine eigene Rationalität?

Einen Ausweg aus dieser Schwierigkeit fand man auch auf der Fachtagung nicht. Ihr Wert lag eher darin, die unterschiedlichen Facetten dieser Fragestellung deutlich gemacht zu haben. Wenn innerhalb der Kirchen

heute Mission und Entwicklungsarbeit als in gewisser Weise konkurrierende Größen begriffen werden, dann ist dies etwa auch ein Reflex des Umgangs mit nicht-wirtschaftlichen Faktoren in der bisherigen Entwicklungsarbeit. Dem indischen Theologen *Felix Wilfred* fiel bei der Mainzer Tagung die Rolle zu, in dieser Hinsicht Versäumtes einzuklagen: In den letzten Jahrzehnten sei man zwar zunehmend zur Einsicht der Bedeutung der nicht-wirtschaftlichen Faktoren im Entwicklungsprozeß gelangt. Von einer echten Anerkennung der Bedeutung der Kultur und eines kulturellen Pluralismus könne aber dennoch nicht die Rede sein. Letztlich sei man einer deterministischen Sicht von menschlichem Wachstum verhaftet geblieben. Jede positive Anerkennung einer Kultur sei im Grunde doch bloß ein Mittel zur Errichtung wirtschaftlicher Ziele oder eine Art Folie, in der das Entwicklungs-Paket verpackt werden kann.

Auch wenn sich Hans-Rimbert Hemmer als einziger anwesender Wirtschaftswissenschaftler gegen seiner Ansicht nach überholte Vorwürfe an seine Zunft zur Wehr setzte – die Auseinandersetzung mit der von Wilfred selbstbewußt vorgetragenen Position geriet zu einem Vorgeschmack auf das, was weltweit noch weithin bevorsteht: Kulturellen Pluralismus in Form von letztlich unverbindlicher Folklore anzunehmen, fällt nicht schwer. Jedem Volk – wie von Wilfred verlangt – jedoch seine „eigene Rationalität“, seine Definition des Humanen bis hin zur Möglichkeit eines eigenen Wirtschaftskonzeptes in Abweichung zu den westlich-abendländisch vorgegebenen zu belassen, hierin liegt die eigentliche Schwierigkeit.

Der Kölner Theologe *Hans-Joachim Höhn* wandte ein, es gehe in der heutigen Situation nicht darum, dem westlich geprägten Vernunftkonzept seine Verallgemeinerungsfähigkeit abzusprechen. Es stelle sich vielmehr die Frage, wie diese Vernunft „pluralitätsfähig“ zu machen sei. Verallgemeinerungsfähig sei sie letztlich nur und sofern sie sich als pluralitätsfähig erweise. Der Münsteraner Sozialethi-

ker *Franz Furger* gab zu bedenken, wer angesichts von vielfältigen Unterdrückungsmechanismen in Ländern der sogenannten Dritten Welt denn garantieren könne, daß das, was man als eigene Rationalität ausbebe, nicht letztlich der „Selbstdefinition der jeweils Herrschenden“ entspreche.

Der Münchener Jesuit *Johannes Müller* wies darauf hin, daß die Diskussion über diese Frage dadurch erschwert werde, daß das Handeln der westlichen Welt im Umgang mit den Entwicklungsländern von einer Art „Doppelmoral“ bestimmt werde: Man erwartet vom anderen etwas, an das man sich selbst nicht gebunden fühlt. Der westliche Lebensstandard sei nicht universalisierbar – aber besitze dennoch Vorbildcharakter. Auf die Menschenrechtsproblematik in dem Zusammenhang angewandt, sprach sich der Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Theologie und Frieden, *Thomas Hoppe*, dafür aus, sich im Westen im Gespräch mit den Ländern der Dritten Welt auf den Traditionsbestand der Menschenrechte zu besinnen und diesen dann auch kritisch auf die eigene westliche Kultur anzuwenden. Zu ihrem Entstehungshintergrund gehöre das Anliegen, Leiderfahrung zu verringern und soziale Wirklichkeit zu verändern. Jede Form der politischen Instrumentalisierung werde ihnen nicht gerecht.

Wilfred bezeichnete in seinem Beitrag das westliche Verhältnis von Tradition und Modernität als „dualistisch“. Diese Erkenntnisweise bedeute „eine Zäsur, einen tödlichen Schnitt der Diskontinuität in dem, was diese Völker und Gesellschaften Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch gelebt haben“. Der Aachener Missio-Mitarbeiter *Hermann Janssen* erinnerte in dem Zusammenhang daran, daß ein ganzheitlicher Entwicklungsbegriff – in diesem Anliegen von der biblischen Reich-Gottes-Botschaft unterstützt – sowohl gegenüber einer dualistisch-europäischen als auch einer monistisch-mythischen Weltanschauung eine Herausforderung darstelle.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines sich dezidiert als ganzheitlich verstehenden Entwicklungsbegriffs

wird deutlich, wie schnell die Übergänge zwischen Verkündigungs- und Entwicklungsarbeit verschwimmen können bzw. wie schwer eine sachliche und begriffliche Unterscheidung zwischen beiden fallen kann. Eine Mission ohne Entwicklung – so in Mainz der Missionswissenschaftler *Basilus Doppelfeld* (Münsterschwarzach) – gibt es nicht. Ebenso wenig gibt es eine Entwicklung ohne eine umfassende Berücksichtigung – so der Geschäftsführer von Misereor, *Ulrich Koch* – von Leben, Gefühlen und Spiritualität der Menschen in den Dritte-Welt-Ländern.

Kein bloßer Einstieg in die Missionsarbeit

Und trotzdem wandte sich *Peter Rottländer* (Misereor) „gegen eine allzu enge Verknüpfung von Mission/Evangelisierung und kirchlicher Entwicklungsarbeit“. Rottländer brachte seine Position auf die Formel: „Es gibt keine Mission ohne Entwicklung bzw. keine Evangelisierung ohne Solidarität“, aber „sehr wohl eine Entwicklung ohne Mission, eine Solidarität ohne Evangelisierung“. In dem Zusammenhang liefen zwei Thematiken ineinander, die es klar auseinanderzuhalten gilt: die grundsätzlich ethische Begründung von Entwicklungsarbeit (und damit auch der von den Kirchen geleisteten) und die Gründe von Christen bzw. der Kirchen im besonderen, sich auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren.

Eine weithin autonom vorgenommene ethische Bestimmung der Inhalte und Ziele von kirchlicher Entwicklungsarbeit ist etwas anderes als die Tatsache, daß sich eine ethische Begründung dieser Inhalte und Ziele im Lichte der eigenen Glaubenstradition für Christen zwingend aus ihrem Selbstverständnis ergibt.

Ein Begriff, der zwischen Mission/Evangelisierung und Entwicklungsarbeit zu vermitteln in der Lage ist, scheint der des „Zeugnisses“ (*Franz Furger*) zu sein. Das Zeugnis ist nicht von vornherein im Sinne werbender Propaganda mißzuverstehen. Ein Zeugnis ist auch nicht primär verbal – es kann sich auf verschiedenstem Weg vollziehen. Es schränkt weder die Art der geleisteten Arbeit noch die Partner für eine Zusammenarbeit ungebührlich ein: Was nach innen als Glaubenszeugnis begründet wird, kann nach außen – ohne diese Begründung unentwegt auf den Lippen zu führen – solide bei der fachlichen Seite der Arbeit bleiben. Auf ihre Weise ist Entwicklungsarbeit ebenso Zeugnis wie kirchliche Solidarität in der Evangelisierungsarbeit. Die sachliche und organisatorische Unterscheidung von beidem ist damit nicht in Frage gestellt: Und sei es nur deshalb – worauf Bischof Kamphaus in dem bereits zitierten Text hinweist –, um den Eindruck zu vermeiden, die Kirche wolle ihren Beitrag zur ganzheitlichen Entwicklung „als bloßen Einstieg in die Missionsarbeit instrumentalisieren“

K. N.

Wirtschaft: Wie sich Mentalitäten auswirken

Der arbeitende Mensch selbst spielt oft in wirtschaftspolitischen Überlegungen und einer mit dem Instrumentarium mechanischer Gesetze operierenden Wirtschaftstheorie eher eine Nebenrolle. Erklärbar ist dies zwar, da beispielsweise die Definition oder gar Berechnung der Mentalität der erwerbstätigen Bevölkerung einer

bestimmten Region Ökonomen und Politiker in gleichem Maße vor schwerwiegende Probleme stellt. Bleibt das wirtschaftende Subjekt in der Theorie aber außen vor und erhält es für seine Eigenschaften und Eigenheiten in den an einem einheitlichen Menschenbild orientierten politischen Modellen nur wenig Aufmerksamkeit,